

Mäßige Quoten

Die Koalition hat sich die Förderung von **Frauen** in Führungspositionen auf die Fahne geschrieben. Doch im Vergleich zur Wirtschaft hat der Bund noch Nachholbedarf.

von **Anna Katharina Fricke**

Frauen in die Führungsriege – diese Forderung ist wieder in aller Munde, seit die Deutsche Telekom die Einführung einer Frauenquote ankündigt hat. Erklärtes Ziel des Bonner Konzerns ist es, bis Ende 2015 weltweit einen Frauenanteil von 30 Prozent in den Führungsetagen zu erreichen.

In der Politik werden solche Vorstöße begrüßt. Im Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und FDP sogar verankert, dass der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst maßgeblich erhöht werden soll. Insbesondere wird ein Anstieg des Frauenanteils in Vorständen und Aufsichtsräten angestrebt und ein Stufenplan in Aussicht gestellt.

Aber wie halten es die Ministerien selbst? Euro am Sonntag hat die Führungsetagen der Bundesministerien ins Visier genommen und die weiblichen Führungskräfte auf der Ebene der Staatssekretäre und Abteilungsleiter gezählt. Ergebnis: Über alle Ministerien hinweg beträgt die Frauenquote 16 Prozent. Von 129 Führungskräften sind 21 weiblich.

In der Wirtschaft liegt der entsprechende Anteil von Frauen in Führungspositionen deutlich höher. Den Daten des „Sozio-oekonomischen Panels“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge liegt die Frauenquote in den Chefetagen der Unternehmen bei 31 Prozent. Auch wenn „Führungsebene“ hier etwas anders definiert wird, verdeut-

lichen die Zahlen den Nachholbedarf der Ministerien.


So sieht das auch die Grünen-Abgeordnete Christine Scheel. Sie fordert, eine Quote auch für die Ministerien einzuführen. „Absichtserklärungen gibt es schon lang, doch ohne eine Verpflichtung wird sich in den kommenden Jahren nicht viel ändern“, sagte sie. Die Bundesregierung solle ihr Versprechen im Koalitionsvertrag einlösen und den Anteil der Frauen auf der Führungsebene auf diese Weise erhöhen, meint Scheel. Verkrustete Strukturen könnten eben oft nur mit verbindlichen Zielvorgaben aufgebrochen werden.

Die Einbindung von Frauen in Führungsaufgaben hält Scheel schon allein unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten für wichtig – und zwar sowohl in der Wirtschaft als auch im Staat. „Unser Wachstum wird in den Köpfen erzeugt. Wir können es uns daher nicht leisten, dauerhaft auf das Potenzial von Frauen in Führungspositionen zu verzichten.“

Im Kampf um einen höheren Frauenanteil in Führungspositionen hat sich Bundesfamilienministerin Kristina Schröder indes bereits klar gegen die Quote ausgesprochen. Das könne nur die Ultima Ratio sein. Ohne eine Unterstützung der Wirtschaft könnten solche Veränderungen nicht erreicht werden, so Schröder. Ein gesetzlicher Impuls für eine Erhöhung der Frauenquote in Führungsetagen ist also nicht abzusehen. Bei Monika Schulz-Strelow, Präsidentin des FidAR e. V. – Frauen in

die Aufsichtsräte, stößt dies auf Kritik. Sie hält den gegenwärtigen Anteil von Frauen im Topmanagement für „katastrophal“. „Deshalb ist es extrem wichtig, den in der Koalitionsvereinbarung erwähnten Stufenplan durchzusetzen und in der freien Wirtschaft genauso wie in den öffentlichen Einrichtungen umzusetzen“, so Schulz-Strelow. Die 16-Prozent-Quote unter den Staatssekretären und Abteilungsleitern in den Bundesministerien hält Schulz-Strelow für zu gering. Damit könne der Bund keine Vorbildrolle einnehmen. Es sei zwar schade, dass es ohne eine Quotenregelung nicht gehe, „aber wenn das so ist, dann brauchen wir eben die Quote“.

Eine leichte Zunahme der Frauenquote in Topjobs war nach der letzten Bundestagswahl immerhin zu verzeichnen, wie die Umfrage dieser Zeitung zeigt. Vor einem Jahr lag die Frauenquote unter den Staatssekretären und Abteilungsleitern bei 13 Prozent (ohne Angaben des Verbraucherschutzministeriums). Besonders Staatssekretärinnen sind rar. Waren von 31 beamteten Staatssekretären im März 2009 nur zwei weiblich, so werden heute immerhin vier von 30 Posten von Frauen bekleidet.

Ein Aufwärtstrend ist erkennbar, dennoch bleibt noch einiges zu tun. Auch in der Wirtschaft, selbst wenn Ministerin Schröder keine Gelegenheit auslässt, an die Unternehmen zu appellieren, sie sollten den Anteil der Frauen in Toppositionen erhöhen. 



Frauenpower: Familienministerin Kristina Schröder (li.) und ihre Vorgängerin und heutige Arbeitsministerin Ursula von der Leyen

Frage der Woche

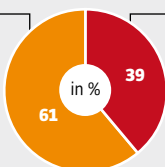
Der Ölpreis hat zuletzt wieder zugelegt. Erwarten Sie eine weitere Preissteigerung im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs?

- Ja. Experten sehen einen Nachfrageüberhang, der zu steigenden Preisen führen wird.
- Nein. Die Lagerbestände sind hoch, sodass es zu keinem deutlichen Anstieg kommen wird.

Die Frage von vergangener Woche:

Der DAX kratzt an der 6000-Punkte-Marke: Glauben Sie, dass die Rally weitergeht?

Ja. Wir werden ein neues Jahreshoch sehen.



Nein. Eine Korrektur steht an.

Abstimmen können Sie immer bis Donnerstag, 24 Uhr, unter www.finanzen.net. Die Ergebnisse der Umfrage werden jeweils im nächsten Heft veröffentlicht.

Jobsicherung für neue IT-Sparte gefordert

Siemens-Betriebsrat rechnet mit betriebsbedingten Kündigungen – Beschäftigungssicherung greift nicht

Arbeitnehmersvertreter von Siemens streben Verhandlungen über eine Jobgarantie für die künftig rechtlich selbstständige IT-Sparte des Konzerns an. „Wir fordern eine Beschäftigungssicherung für die neue SIS“, sagte die stellvertretende Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats von Siemens, Birgit Steinborn, gegenüber dieser Zeitung. Es sei in der Vergangenheit viel Vertrauen zerstört worden, weil in der Sparte immer wieder Arbeitsplätze abgebaut worden seien, so die Betriebsrätin.

Der Münchner Konzern will in seiner IT-Sparte SIS insgesamt 4200 der weltweit 35 000 Jobs streichen. In Deutschland soll die Zahl der Stellen von rund 9700 auf 7500 reduziert werden. Mehr als 2000 Beschäftigte

in Deutschland sollen laut Firmenleitung nicht in die neue Gesellschaft ausgegliedert werden, sondern innerhalb der Siemens AG abgebaut werden. „Wir rechnen mit betriebsbedingten Kündigungen und werden uns deshalb mit allen Mitteln gegen diese Pläne wehren“, so Steinborn.

Laut Betriebsrat will die Firmenleitung beim innerbetrieblichen SIS der Siemens AG verbleibenden Teil der SIS eine sogenannte Teilbetriebs-

schließung durchführen. In diesem Fall würde der noch bis Ende September dieses Jahres laufende Beschäftigungssicherungsvertrag, der für die Beschäftigten der Siemens AG in Deutschland den Abschluss betriebsbedingter Kündigungen vorsieht, nicht greifen.

Personalchef Siegfried Russwurm hatte dagegen betont, betriebsbedingte Kündigungen seien „das letzte Mittel“. Zuvor wolle man alle anderen Möglichkeiten ausschöpfen. Finanzchef Joe Kaeser stellte zudem in Aussicht, dass man bei der neuen SIS unter anderem in Mitarbeiter investieren werde. Kaeser will bis 2012 insgesamt 500 Millionen Euro in das Unternehmen stecken. Dann seien alle Optionen denkbar. (bau)

Blitz-Info Siemens

Das Management erwägt einen Verkauf oder IPO der selbstständigen SIS. Börsianer begrüßten die Pläne. Halten.

ISIN	Akt. Kurs	Entwickl. 1 Jahr	KGV
DE0007236101	71,40	63,6%	15,8

www.finanzen.net/go/723610